

Veränderungen begegnen, ohne Ängste zu schüren

Negatives Image – Der Begriff „Klimaschutz“ braucht Rehabilitation – Kommentar von Frank-Thomas Wenzel (6.9.)

Ich danke Frank-Thomas Wenzel ausdrücklich für diesen Kommentar. Er stellt zutreffend die Gefahr dar, dass das Thema Klimaschutz zunehmend negativ besetzt wird. Es ist erschre-

„ Mehr Angst vor den Maßnahmen zur Begrenzung der Klimakatastrophe als vor deren Folgen selbst

Dieter Gehring

ckend, dass dieses alles überstrahlende Thema, das lebenswichtig für die Zukunft auf unserem Planeten ist, insgesamt an Bedeutung verloren hat. Das zeigt auch die letzten Umfragen. Die Diskussion um das Gebäudeenergiegesetz hat exemplarisch gezeigt, wer für welche Interessen nicht nur Klimaschutz-Vorhaben torpediert und durch bewusste Falschinformationen bekämpft hat. Leider ist es den Lobbyisten der fossilen Industrien zusammen mit der „Bildzeitung“ gelungen, den Menschen mehr Angst vor den notwendigen Maßnahmen zur Begrenzung der Klimakatastrophe zu machen als vor den Folgen der Klimakatastrophe selbst! Und das, obwohl sich die Nachrich-

ten über die konkreten katastrophalen Folgen weltweit nur so überschlagen. Es ist unfassbar, dass CDU/CSU und FDP sich an diesem Schüren der Angst beteiligen und sich ausgerechnet zu Interessenvertretern der sogenannten kleinen Leute aufspielen. Dieser Populismus nutzt allerdings nur der AfD. Frank-Thomas Wenzel hat Recht: Es ist höchste Zeit, den Klimaschutz zu rehabilitieren. Am 15.9. ist wieder eine gute Gelegenheit: Durch Teilnahme am globalen Klimastreik auch in Köln.

Dieter Gehring Köln

Frank-Thomas Wenzel geht der Frage nach, wieso der Begriff „Klimaschutz“ ein negatives Image bekommen hat und führt

„ Die bislang vielfach praktizierten parteipraktischen Spielchen sind aus der Zeit gefallen

Marianne Schwan

als Beispiel das Heizungsgesetz an. Natürlich hat er Recht, wenn er kritisiert, dass die Politik hier massive Fehler gemacht hat, indem mit populistischen und bes-



Klimaaktivisten von „Fridays for Future“ planen, am 15. September gegen die ihrer Meinung nach unzureichenden Klimaschutzmaßnahmen der Ampel-Koalition zu protestieren. Foto: dpa

tenfalls halbwayen Argumenten solche im Kern richtigen Initiativen aus parteipraktischen Gründen torpediert wurden. Ja, der Gesetzesentwurf, der noch gar nicht an die Öffentlichkeit sollte, war unfertig, und ja, Politiker haben das Gesetz öffentlich massiv kritisiert bis vor diesem Gesetz zugestimmt hat-

ten, nutzen die Gelegenheit, sich selbst und ihre Parteipolitik in den Vordergrund zu spielen. Die Diskussion war in der Tat unsäglich. Aber auch eine CDU-geführte Regierung hätte ein solches Heizungsgesetz vorlegen müssen, denn alle Mitgliedsstaaten sind durch die EU verpflichtet, den Gebäudesektor klimaneutral zu gestalten. Des-

halb handelte es sich nicht, wie manche Zeitungüberschriften vermittelten, um die vermeintlich ihre Idee eines einzelnen Politikers. Aber wie Medien bislang agieren, beeinflussen sie die Bevölkerung negativ, sie pushen mit reißerischen Schlagzeilen und kaum versteckter Häme die Aufregung weiter an und tragen zur Spaltung bei. Wir stehen vor großen Veränderungen. Energie, Klima, Wasser, Ernährung, um nur wenige Beispiele zu nennen. Für diese Veränderungen bedarf es Politikerinnen und Politiker, die besonnen und souverän auch unpopuläre Entscheidungen treffen und dabei Standfestigkeit beweisen. Die bislang vielfach praktizierten parteipraktischen Spielchen sind nicht nur aus der Zeit gefallen, sondern langfristig und tragen damit zur Politikverdrossenheit der Bevölkerung bei. Und es erfordert Medien, die nicht nur kleine Fehler oder böse Zurufe aus der dritten Reihe aufjagen, in der Hoffnung auf bessere Auf- und abwärtszahlen durch aufmerksame kretschscheisende Schlagzeilen.

SO ERREICHEN SIE UNS

Kölner Stadt-Anzeiger
Leserbriefe: 50590 Köln
Telefon: 02 21 / 224 33 77
Telefax: 02 21 / 224 25 24

E-Mail: leserforum@ksta.de,
 Briefe und E-Mails ohne Angabe von Name und Adresse können nicht veröffentlicht werden.
 Bitte geben Sie für Rückfragen Ihre Telefonnummer an.

Mit der Einsendung geben Sie Ihr Einverständnis, Ihren Brief in den gedruckten und elektronischen Ausgaben unserer Zeitung und auf ksta.de zu veröffentlichen.